

**Sitzungsvorlage-Nr. 40/1437/XV/2011**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Schulausschuss</b>	21.11.2011	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:****Einrichtung einer Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)****Sachverhalt:**

Der Kreistag beauftragte die Verwaltung am 22.06.2011, für das Schuljahr 2011/2012 beim Land Nordrhein-Westfalen die Einrichtung einer RAA zu beantragen. Der entsprechende Antrag wurde am 13.07.2011 der Regierungspräsidentin anlässlich Ihres Besuchs im Rhein-Kreis Neuss von Herrn Landrat Petruschke persönlich überreicht.

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) genehmigte mit Bescheid vom 20.09.2011 die Einrichtung der RAA und sagte bei Vorliegen der Fördervoraussetzungen entsprechende Landeszuwendungen zu. Entgegen den Planungen des Rhein-Kreises Neuss, der von einem Start der Maßnahme zu Beginn des Jahres 2012 ausging und dementsprechende finanzielle Mittel erst für das Jahr 2012 in den Haushalt eingestellt hat, signalisierte das MAIS, dass aus seiner Sicht die Maßnahme bereits im Kalenderjahr 2011 beginnen solle und sagte gleichzeitig für das lfd. Kalenderjahr 2011 eine 100-prozentige Finanzierung der anteiligen Personalkosten zu.

Realistisch erscheint der Beginn ab Dezember 2011 mit zunächst zwei Sozialpädagoginnen/Pädagogen (volle Stellen, bei Teilzeitbeschäftigung mit entsprechend mehr Personen). Der Rhein-Kreis Neuss hat am 12.10.2011 die Stellen in den dafür vorgesehenen Veröffentlichungsorganen ausgeschrieben.

Die Ausschreibung der beiden Stellen für die ebenfalls im Wege der Abordnung in der RAA tätig werdenden Lehrkräfte, befinden sich in Vorbereitung und werden in Abstimmung mit der Bezirksregierung in Kürze den Schulen im Rhein-Kreis Neuss zugeleitet.

Für den Start der RAA im Dezember 2011 mit zwei Sozialpädagogen stehen Büroräume im Amt für Schulen und Kultur im Kreishaus Neuss zur Verfügung.

Die Unterbringungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten der RAA (zwei Sozialpädagogenstellen, zwei Lehrerstellen und 0,5 Sekretariatsstelle) werden zur Zeit gemeinsam mit dem Amt für Gebäudewirtschaft geprüft.

**Beschlussempfehlung:**

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.